



POSTULAT

Urheber CVPO, durch Philipp Matthias Bregy und Beat Rieder
Gegenstand Bewilligungsverfahren: Paragraphen statt Projekte
Datum 12.03.2014
Nummer 5.0063

In letzter Zeit häufen sich die Kritiken der Gemeinden, dass es eine schleichende Praxisänderung bei Bau- und Plangenehmigungsverfahren im DVBU gegeben habe und die Verfahrensabläufe bei Projekten immer aufwendiger werden. Dies mit der Konsequenz, dass sämtliche Verfahren länger und vor allem kostspieliger werden. So hat zum Beispiel eine Oberwalliser Gemeinde ein Baugesuch zur Erstellung eines Parkplatzes und eines Sammelplatzes (bestehend aus einer Garage und einem Unterstand für Container) eingereicht. Die zuständigen Behörden stellten der Gemeinde daraufhin zu ungleichen Zeiten eine 7-seitige Plangenehmigung für den Parkplatz und eine 6-seitige Baubewilligung für die Sammelstelle statt einem einzigen, koordinierten Entscheid zu.

Zudem verlangt der Rechtsdienst des DVBU neu bei kombinierten Lawinen-, Steinschlags- und Hochwasserschutzmassnahmen, dass für die Lawinen- und Steinschlagschutzmassnahmen eine Baubewilligung und für den Hochwasserschutz eine Plangenehmigung zu erteilen ist und zwar in getrennten Verfahren mit getrennten Entscheiden. Insgesamt ist eine Zunahme der Bürokratie und damit verbunden eine Verteuerung und Verlangsamung der Verfahren festzustellen. Diese Bürokratie ist inakzeptabel und muss im Sinne eines schlanken und effizienten Staates schnellstmöglich beseitigt werden.

Schlussfolgerung

Der Staatsrat wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Dienststellen unverzüglich auf die bisherige Praxis zurückkommen und die Verfahren koordiniert durchführen. Sollte dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, was jedoch seitens der Postulanten bereits bestritten wird, soll die entsprechende gesetzliche Grundlage geschaffen und bis dahin, im Sinne einer Übergangslösung, weiterhin die bisherige, unbürokratische Praxis angewendet werden.